



Landtagswahlen

Rot-Rote Bündnisse wackeln

Als Absage an die rot-roten Koalitionen hat die Vorsitzende der CDU Deutschlands den Ausgang der Landtagswahlen in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern bewertet.

Obwohl es rechnerisch in beiden Ländern noch eine knappe Mehrheit für ein Bündnis von SPD und PDS

gebe, hätten die Wähler beiden rot-roten Landesregierungen einen Denkkzettel verpasst, erklärte die Bundeskanzlerin. „Die Menschen glauben nicht, dass Rot-Rot ihre Probleme lösen kann“, so Angela Merkel.

Mit Blick auf den Berliner CDU-Landesverband sagte die Partei-

INHALT

Bildungs-/Familienpolitik:
Für Mut zur Erziehung und
eine bessere frühkindliche
Förderung
Seite 7–8

Dokumentation
Wahlergebnisse der
Landtagswahlen in
Mecklenburg-
Vorpommern und Berlin
Innenteil

HEUTE AKTUELL

■ Ursula von der Leyen: Kampf dem Rechtsextremismus (S. 4–5) ■ Ronald Pofalla: Rot-grüne Programme gegen Rechtsextremismus nicht effektiv (S. 4) ■ U. Thiele: CDU stärkste Kraft in Niedersachsen (S. 6) ■ JU-Deutschlandtreffen (S. 9) ■ T. Rachel: Ordination der ersten Rabbiner in Deutschland – Zeichen für tolerantes Miteinander (S. 10) ■ V. Kauder: Stabilität in Nahost in nationalem Interesse (S. 12) ■ O. Wulff/P. Mißfelder: Vertreibungen weltweit ächten (S. 13) ■ P. Bleser/J. Klöckner: Bund wird Lebensmittelkontrollen beobachten (S. 14) ■ L. Meyer: Zielmarke 25 beim Bürokratieabbau (S. 14–15) ■ N. Röttgen/H. Koschyk: Bürokratieabbau auf gutem Weg (S. 15–16) ■ B. Siebert: Bundeswehr mit neuen Aufgaben nicht allein lassen (S. 16–17) ■ J. Singhammer/M. Noll: Deutsche Sprache Voraussetzung für Integration (S. 17)

► vorsitzende, durch die Spitzenkandidatur Friedbert Pflügers seien „Stabilität, Berechenbarkeit und Kontinuität“ zurückgekehrt. Nachdem die Bürgerinnen und Bürger ihren Glauben an Rot-Rot verloren hätten, sei es jetzt die vordringlichste Aufgabe der CDU, Vertrauen zurückzugewinnen, forderte Merkel. In der Hauptstadt beginne jetzt ein langer, hoffnungsvoller Weg, die CDU wieder zu besseren Ergebnissen und mehr Akzeptanz zu führen.

In Mecklenburg-Vorpommern seien die Christdemokraten „knapp nicht stärkste Partei geworden“, sagte

die Kanzlerin weiter. Gleichwohl stehe die CDU bereit, Verantwortung zu übernehmen. Der Nordosten brauche eine „stabile Regierung“, die die Probleme beruht anpacke. Die Entscheidung liege jetzt bei der SPD, ob sie „mit dem Kopf durch die Wand“ wolle oder auf breite Stabilität und Akzeptanz baue. Den Einzug der NPD in den Schweriner Landtag bezeichnete die Kanzlerin als ein „außerordentlich bedauerliches Ergebnis“ der Wahl. Den Möglichkeiten der NPD, Menschen für ihre populistischen Parolen zu gewinnen, könne nur dadurch wirksam

Der Berliner Spitzenkandidat Friedbert Pflüger ist zwei Tage nach der Abgeordnetenhauswahl zum neuen Fraktionschef der Christdemokraten in der Hauptstadt gewählt worden. 33 der 37 Abgeordneten stimmten für Friedbert Pflüger, drei Abgeordnete enthielten sich der Stimme. Pflüger dankte für den



Friedbert Pflüger

Vertrauensvorschuß und kündigte eine „konstruktive

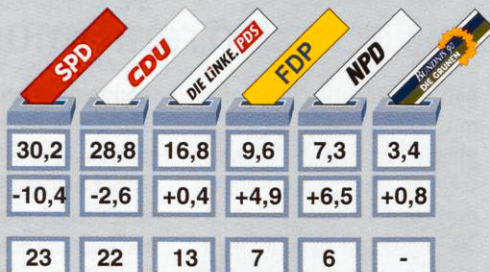
Opposition“ an. Er erklärte, dass die CDU ihre Aufgabe mit großem Engagement annehmen werde.

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, E-Mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 02226-802-0, Telefax 02226-802-111-333. Vertrieb: Telefon 02226-802-213, E-Mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profflich. Bankverbindung: Sparkasse KölnBonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 370 501 98), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per E-Mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Landtagswahl Mecklenburg-Vorpommern 2006

Stimmenanteile
in %Veränderung
gegenüber 2002
(Prozentpunkte)Sitze im
Landtag

Vorläufiges amtll. Endergebnis

dpa
Grafik 2929

begegnet werden, dass die demokratischen Parteien „die wirtschaftlichen Chancen, die sozialen Chancen der Menschen durch eine beherrschte Politik wieder in den Mittelpunkt“ stellten. Dazu gehöre es auch, Hoffnungslosigkeit in Perspektiven umzuwandeln. Die CDU stehe entweder als Koalitionspartner oder als Oppositionspartei der bürgerlichen Mitte bereit.

Der CDU-Spitzenkandidat von Mecklenburg-Vorpommern, Jürgen Seidel, unterstrich, dass die Union Regierungsverantwortung im Schweriner Landtag übernehmen wolle. „Stabile Mehrheiten sind für Mecklenburg-Vorpommern sehr wichtig“, betonte Seidel. Schließlich würden sich mit dem Ende des Wahlkampfes die Probleme des Landes nicht plötzlich in Luft auflösen. Hinzukomme, dass Rot-

Rot jetzt nur noch über die Mehrheit von einer Stimme im Landtag verfüge und mit der rechtsextremen NPD eine weitere Herausforderung auf die neue Landesregierung zukomme.

Der Berliner Spitzenkandidat Friedbert Pflüger erklärte, er habe sich ein besseres Ergebnis gewünscht. Der Wahlkampf habe aber gezeigt, dass die Berliner CDU nach fünf schweren Jahren „wieder Tritt gefasst“ habe. In den letzten Monaten habe sie eine Einheit ge-

bildet und einen Wahlkampf auf Augenhöhe geführt. Dies sei eine gute Grundlage für die zukünftige Arbeit.“ Pflüger kündigte noch am Wahlabend an, sein Versprechen aus dem Wahlkampf zu halten und sich künftig voll und ganz auf die Hauptstadt-politik konzentrieren zu wollen.

Die wichtigsten Ergebnisse der Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und zum Landtag in Mecklenburg-Vorpommern finden Sie in der Dokumentation (Innenteil). Ausführliche Ergebnisübersichten zu beiden Wahlen stehen im CDU-Mitgliedernetz unter www.cdunet.de zum Download zur Verfügung.



Wahl zum Berliner Abgeordnetenhaus 2006

Stimmenanteile
in %Veränderung
gegenüber 2001
(Prozentpunkte)Sitze im
Abgeordneten-
haus

Vorläufiges amtliches Endergebnis

dpa
Grafik 2928

Ursula von der Leyen

Kampf dem Rechtsextremismus

Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen hat dem Rechtsextremismus den Kampf angesagt. „Die demokratischen Kräfte unserer Gesellschaft müssen hellwach sein“, sagte von der Leyen mit Blick auf die Ergebnisse der Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin.

Deshalb setze die Bundesregierung den Kampf ge-

gen den Rechtsextremismus mit neuer Kraft fort. Zugleich kündigte die Ministerin an, im Jahr 2007 werde der Bund 19 Millionen Euro zur Stärkung von Vielfalt, Toleranz und Demokratie bereitstellen.

Das neue Programm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Anti-

semitismus“ werde an die aktuellen Entwicklungen angepasst und effektiver sein als die bisherigen Programme CIVITAS und ENTIMON. Die bestehenden Programme seien bereits ausgewertet worden. Auf der Grundlage dieser Evaluationsergebnisse sei das neue Programm entstanden, betonte die Ministerin. Das Bundesfamilienministerium hat für

POFALLA: ROT-GRÜNE PROGRAMME GEGEN RECHTSEXTREMISMUS NICHT EFFEKTIV

Der Einzug der NPD in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern ist ein äußerst erschütternder Vorgang. Vor allem müssen jetzt die demokratischen Kräfte zusammenstehen.

Wenn die demokratischen Kräfte gegenseitig mit dem Finger aufeinander zeigen, dann werden sie der Herausforderung nicht gerecht. Wer von Seiten der Sozialdemokraten in den letzten Tagen mit dem Finger auf die Bundesfamilienministerin gezeigt hat, muss sich fragen, ob das für die gemeinsame Verantwortung der demo-

kratischen Parteien im Kampf gegen Extremismus sehr hilfreich war.

Natürlich werden Programme zur Bekämpfung gegen Rechtsextremismus durch das Bundesfamilienministerium weitergeführt. Doch es stellt sich angesichts des Wahlergebnisses der NPD tatsächlich die Frage, ob die unter Rot-Grün eingeführten Programme überhaupt die gewünschte Wirkung hatten. Alles was Rot-Grün lieb war, muss noch lange nicht effektiv im



Generalsekretär R. Pofalla

Kampf gegen Extremismus sein!

Es ist daher richtig, dass das Familienministerium die Programme evaluiert hat und im nächsten Jahr einen neuen, effektiveren Ansatz verfolgt. Und grundsätzlich ist das beste Programm gegen Rechtsextremismus, dass man die Ursachen für die Perspektivlosigkeit von jungen Menschen beseitigt. Das heißt: Eine Politik für Wachstum und Beschäftigung, damit junge Menschen mehr Chancen erhalten.

die neue Programmstruktur – lokale Aktionspläne, Modellprojekte, Orte der Kommunikation – ein umfassendes Konzept erstellt, das mit den anderen Ressorts der Bundesregierung abgestimmt und den Fraktionen vor der Sommerpause vorgelegt wurde. „Angkommen heißt aber offenbar nicht überall, auch zur Kenntnis genommen“, stellte von der Leyen fest. Das neue Konzept sei notwendig, „um dem Erstarken der Rechtsextremisten mehr als bisher entgegenzusetzen zu können“. Anders als die frühere rot-grüne Bundesregierung plant die Große Koalition keine Mittelreduzierung und auch keine Beendigung ihres Engagements. So wollte die Vorgängerregierung die Mittel zur Bekämpfung des Rechtsextremis-



Ursula von der Leyen

mus um mehrere Millionen Euro kürzen. „Das konnten wir verhindern“, unterstrich die Bundesfamilienministerin. Das Geld werde auch 2007 für den Kampf gegen den Rechtsextremismus eingesetzt. Von der Leyen rief dazu auf, „noch intensiver bei den jungen Menschen, aber auch den verantwortlichen Personen vor Ort anzusetzen, damit Rechtsextremismus in Deutschland kei-

ne Chance“ habe. Sobald der Bundestag den Haushalt beschlossen habe, werde das Bundesfamilienministerium den Projektträgern für 2007 das Geld zur Verfügung stellen.

Im Interesse der Sache habe das Familienministerium bereits mit den notwendigen Vorbereitungen begonnen und werde Ende September die Regiestelle für das Programm ausschreiben. „Damit liegen wir im Zeitplan“, unterstrich die CDU-Politikerin. Zugleich machte sie deutlich, dass die Mittel für 2006, ebenfalls 19 Millionen Euro, vollständig für die laufenden Programme aufgebraucht worden seien. „Es wird kein Geld zurückgehalten. Alles wurde eingesetzt“, bekräftigte die Bundesministerin.

PRAXISTIPP ZUR GRUNDSATZPROGRAMM-ARBEIT

Aufgrund der großen Nachfrage aus den CDU-Verbänden nach dem Generationen-Motiv der Grundsatzprogramm-Diskussion hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle den Nutzungsrahmen des Bildes erweitert. In Zukunft können alle CDU-Verbände das Bild für parteigebundene Zwecke kostenlos mitnutzen. Das Bild kann in einer druckfähigen Auflösung im CDU-Mitgliedernetz unter www.cdunet.de heruntergeladen werden. Ebenfalls im CDUnet, unter Infos & Materialien/Materialien/Kampagnen finden Sie das



neue Motiv für die Mitgliederwerbekampagne zum Download im tiff- und im eps-Format zur weiteren Nutzung vor Ort. Achtung, durch die hohe Auflösung der Bilder für einen druckfähigen Download kann die Bildschirmsicht im CDUnet verzerrt oder unvollständig wirken.

Ulf Thiele

CDU stärkste Kraft in Niedersachsen

Die CDU ist und bleibt mit Abstand stärkste kommunale Kraft in Niedersachsen.

Das haben die Kommunalwahlen eindrucksvoll bestätigt. Sowohl bei den Kreis- wie auch bei den Gemeindevahlen liegt die CDU mit 41,3 % (2001: 42,6 %) bzw. 41,4 % (42,6 %) mit großem Abstand vor der SPD, die auf 36,6 % (38,6 %) bzw. 36,8 % (37,9 %) kommt. Damit hat sich der Vorsprung der CDU vor der SPD im Vergleich zu den Kommunalwahlen 2001 weiter vergrößert.

Die Grünen erzielten bei den Kreiswahlen 7,8 % (6,7 %) und bei den Gemeindevahlen 5,7 % (5,0 %). Die



Ulf Thiele, Generalsekretär der niedersächsischen CDU

FDP kam auf 6,7 % (6,2 %) bzw. 5,1 % (4,7 %). Trotz des geänderten Auszählverfahrens und einer damit einhergehenden Bevorteilung der kleineren Parteien ist es der CDU damit gelungen, fast so viele Sitze in Kreistagen und Räten zu erlangen wie SPD,

FDP und Grüne zusammen. Die CDU hat damit ihr Wahlziel erreicht, mit deutlichem Abstand stärkste kommunalpolitische Kraft in Niedersachsen zu bleiben. Das Wahlergebnis zeigt einmal mehr: Die CDU in Niedersachsen ist die Kommunalpartei mit einer starken Verankerung in allen Regionen und Bevölkerungsgruppen dieses Landes. Die CDU ist die Volkspartei und die Niedersachsen-Partei.

Bei den Landrats-, Oberbürgermeister- und Bürgermeisterwahlen haben die Kandidatinnen und Kandidaten der CDU ebenfalls flächendeckend gute Ergebnisse erzielt.

CDU NRW: WÜST NEUER GENERALSEKRETÄR

Der nordrhein-westfälische Landtagsabgeordnete Hendrik Wüst ist neuer Generalsekretär der Landes-CDU.

Der Landesvorsitzende der Jungen Union in Nordrhein-Westfalen wurde auf dem Landesparteitag der CDU NRW in Münster mit 89,4 Prozent der Stimmen zum Nachfolger von Hans-Joachim Reck gewählt, der

das Amt im Frühjahr vorzeitig niedergelegt hatte und in die Privatwirtschaft gewechselt war.

Wüst dankte für den „starken Rückenwind“. Er übt das Amt kommissarisch bereits seit April aus. Wüst ist auch Mitglied des Bundesvorstandes. Er ist der vierte Ge-



Hendrik Wüst

neralsekretär der NRW-CDU seit ihrer Gründung aus dem Zusammenschluss der Landesverbände Rheinland und Westfalen-Lippe vor 20 Jahren. Vor Reck waren Helmut Linssen von 1987 bis 1991 und Herbert Reul von 1991 bis 2003 Generalsekretäre der Landes-CDU.

Für Mut zur Erziehung und eine bessere frühkindliche Förderung

Ursula von der Leyen, Mitglied des CDU-Präsidiums und Bundesfamilienministerin, und CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla haben den Bericht der CDU-Kommission „Bildungschancen und Erziehung“ vorgestellt:

„Wir müssen über Bildung und Erziehung insbesondere in den ersten Lebensjahren neu nachdenken“, forderte Ursula von der Leyen anlässlich der Vorstellung des Berichts der CDU-Kommission „Bildungschancen und Erziehung“, der als Antrag des Bundesvorstands auf dem Bundesparteitag eingebracht werden wird. Die im Januar 2006 vom Bundesvorstand der CDU Deutschlands eingesetzte Kommission hat unter dem Vorsitz der Bundesfamilienministerin von der Leyen sowie des sachsen-anhaltinischen Kultusministers Olbertz in den vergangenen Monaten den Rat zahlreicher renommierter Wissenschaftler eingeholt.

In ihrem Bericht plädiert die Kommission für mehr Mut zur Erziehung in Fami-



Ronald Pofalla und Ursula von der Leyen stellen den Kommissionsbericht vor.

lie, Kindergarten und Schule. „Spielen und Lernen gehören zusammen. Unser Verständnis von Chancengerechtigkeit setzt auf eine vorausschauende Politik, die vorhandene Stärken von Kindern frühzeitig fördert, damit wir die Startchancen unabhängig von der sozialen Herkunft verbessern“, erklärte CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla. Angesichts veränderter Lebensverläufe und der Tatsache, dass heute bereits jedes dritte Kind unter sechs Jahren einen Migrationshintergrund besitzt, hat die Kommission Vorschläge zur engeren Verzahnung von Kindergarten und Grundschule, für eine frühe Sprachförderung sowie für Prävention und Früherken-

nung erarbeitet.

„Wir wollen eine Gesellschaft, die von Beginn an „Ja“ zu Kindern sagt. Daher müssen wir den Blick besonders auf die Chancen der frühen Jahre richten, in denen sich wichtige Weichen für das ganze spätere Leben stellen. Starke Kinder wachsen durch Fürsorge und Ansporn von Anfang an. Dabei brauchen sie erwachsene Vorbilder und klare Regeln, die ihnen auf ihrem Weg Halt und Orientierung geben“, betonte Ursula von der Leyen.

Das familiäre Umfeld beeinflusst die Startchancen maßgeblich. Kinder benötigen verlässliche Beziehungen am Lebensanfang, Anregungen und Orientierung.

Den meisten Familien gelingt das sehr gut. Doch es gibt auch verunsicherte Eltern, die mit ihrer Erziehungsaufgabe überfordert sind. Der Staat muss dann zielgenau unterstützen und dort aktiv werden, wo Hilfen benötigt werden. Mütter und Väter, die Erziehungsverantwortung wahrnehmen, verdienen eine stärkere gesellschaftliche Anerkennung.

Jedes Kind hat sein eigenes Tempo. Doch klar ist: Was am Lebensanfang versäumt oder vernachlässigt wird, lässt sich später nur in Grenzen und mit hohem Aufwand ausgleichen. Der Besuch eines Kindergartens und verbindlicher gestaltete Früherkennungs-Untersuchungen können die Startchancen von Kindern aus sozial benachteiligten Elternhäusern deutlich verbessern. Die Bundesländer stehen vor der wichtigen Aufgabe, Bildungskonzepte für das erste Lebensjahrzehnt zu entwickeln, die vor allem den Übergang vom Kindergarten in die Grundschule erleichtern. Verbindliche Sprachtests für alle Kinder im Alter von vier Jahren sind daher ein wichtiger Baustein. Sind die Deutschkenntnisse nicht ausreichend, muss eine verpflichtende Sprachförderung fol-

gen, damit alle Kinder in der Grundschule von Anfang an mitreden können. Der Bericht empfiehlt zudem einen weiteren bedarfsgerechten Ausbau der Ganztagschulen, bei dem die Qualität im Vordergrund steht und Eltern konsequent in das Schulleben einbezogen werden. Eine gute Bildung, Erziehung und Betreuung in den ersten Lebensjahren für alle Kinder ist das gemeinsame Ziel von Bund, Ländern und Kommunen. Eine Analyse der unterschiedlichen Förderwege und Finanzströme soll Transparenz im föderalen Leistungsgeflecht der Familienförde-

rung schaffen. Familien benötigen jedoch nicht nur klug eingesetzte finanzielle Hilfe in Phasen, in denen sie sie am nötigsten brauchen. Eine elternbewusste Arbeitsorganisation in den Unternehmen sowie der einfachere Zugang zu Familienberatung und -bildung, die praktische Erziehungshilfen vermitteln, sind ebenso unverzichtbar. Mehrgenerationenhäuser in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt bieten die Chance, Familien unterstützende Dienstleistungen zu bündeln und Barrieren für bürgerschaftliches Engagement abzubauen.

KOMMISSION „BILDUNGSCHANCEN UND ERZIEHUNG“

Die Kommission „Bildungschancen und Erziehung“ wurde geleitet von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen und Kultusminister Prof. Jan-Hendrik Olbertz.

Mitglieder waren Landesminister, Bundes- und Landespolitiker sowie Experten aus den Landesverbänden und Vereinigungen der CDU. Während der Beratungen von Anfang März bis Ende August 2006 wurden die folgenden Sachverständigen gehört:

- **Prof. Dr. Mathias Albert**, Universität Bielefeld
- **Prof. Dr. Hans Bertram**, Humboldt-Universität zu Berlin
- **Prof. Dr. Christian Pfeiffer**, Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.
- **Prof. Dr. Peter Riedesser**, Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf
- **Prof. Dr. Thomas Rauschenbach**, Deutsches Jugendinstitut e.V.

Deutschlandtreffen

Verantwortung für Berlin

Ganz im Zeichen des Wahlkampfes zum Berliner Abgeordnetenhaus stand das diesjährige Deutschlandtreffen der Jungen Union in Berlin. Um die Berliner Union im Wahlkampfendspurt nach Kräften zu unterstützen, kamen über 500 JU-Mitglieder aus ganz Deutschland in die Hauptstadt.

Höhepunkte des traditionsreichen Treffens im Konrad-Adenauer-Haus bildeten die Reden von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble, des Spitzenkandidaten der Berliner CDU, Friedbert Pflüger, sowie des Bundesvorsitzenden der Senioren-Union, Otto Wulff. Unter großem Applaus spannten die Redner den Bogen von der Vergangenheit Berlins über die Zeit der



JU-Chief Philipp Mißfelder

Teilung bis zur Entwicklung seit der Deutschen Einheit. JU-Chief Philipp Mißfelder hob in seiner Begrüßungsansprache die lange Tradition der Deutschlandtreffen hervor, mit denen die Junge Union bis zum Mauerfall vor allem die Zusammengehörigkeit beider Teile Deutschlands beschworen habe. Danach erinnerte Otto Wulff an die Schrecken der kom-

munistischen Diktatur in der DDR aber auch an den Freiheitswillen und die Zuversicht, die die Berliner stets besessen hätten. Dieses Vertrauen in die Zukunft müsse nun wieder geweckt werden. Auch Friedbert Pflüger knüpfte an diesen Gedanken an, als er berichtete, wie er Anfang der 1980er Jahre als Mitarbeiter des Regierenden Bürgermeisters Richard von Weizsäcker die damalige Aufbruchstimmung erlebt habe. Der Spitzenkandidat für das Abgeordnetenhaus dankte den zahlreichen Kandidaten der Jungen Union und den Hunderten Helfern für ihren unermüdlichen Einsatz im Wahlkampf. Dieser habe gezeigt, dass die Junge Union Verantwortung für die Hauptstadt übernehmen wolle. Abgerundet wurde der Abend von Wolfgang Schäuble, der sich bereits 1991 für den Parlaments- und Regierungsumzug nach Berlin stark gemacht hatte. Der Bundesinnenminister erinnerte an die einzigartigen Chancen der Stadt: „Berlin ist eine großartige Metropole mit großem Potenzial.“ Allerdings werde die Stadt unter Wert regist.



Philipp Mißfelder eröffnet das Deutschlandtreffen der Jungen Union

Thomas Rachel

Ordination der ersten Rabbiner nach der Schoah – Zeichen für tolerantes Miteinander

Die Ordination der ersten drei Absolventen des Abraham Geiger Kollegs in das jüdisch-geistliche Amt des Rabbiners ist ein historisches Ereignis von hoher symbolischer Kraft und ein wunderschönes Signal für ein respektvolles und tolerantes Miteinander der Religionen in unserem Land.

Diese Ordination ist die erste nach der Schließung der Hochschule für die Wissenschaft des Judentums in Berlin im Jahre 1942. Es erfüllt mich ganz persönlich mit großer Freude und Dankbarkeit, dass wir nun eine neue deutschsprachig ausgebildete Rabbinergeneration begrüßen dürfen, die sich sowohl durch ein hohes akademisches als auch praktisches und seelsorgerliches Niveau auszeichnet. Als Mitglied des Stiftungsrates der Leo Baeck Foundation fühle ich mich diesem Ereignis besonders verbunden. Mit dieser Ordination sowie der gesamten Ausbildung des Rabbinernachwuchses am Abraham Geiger Kolleg wird wieder an eine segensreiche kulturell-religiöse Geistes-



Steve Baumann (2.v.l.), Vorsitzender der World Union for Progressive Judaism, Stephan J. Kramer, Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland (2.v.r.), Rabbener Uri Regev und Rabbener Walter Homolka mit Staatssekretär Thomas Rachel MdB.

und Bildungstradition angeknüpft, die Deutschland in der Zeit vor der Schoah in tiefgründiger und nachhaltiger Hinsicht intellektuell geprägt und beeinflusst hat.

Ich wünsche den zukünftigen Rabbinern von ganzem Herzen, dass sie in ihren Gemeinden und ihrem ge-

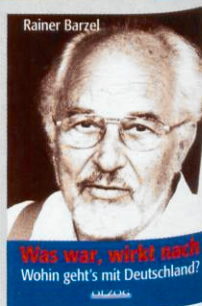
sellschaftlichen und kulturellen Umfeld segensvoll wirken können.

Thomas Rachel ist der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) und Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung.

BUCHTIPP

Rainer Barzel war bis zu seinem Tod ein politisch denkender Mensch. Seine Gedanken und streitbereiten Meinungen, auch zu ganz aktuellen Fragen, finden Sie in seinem Buch.

Rainer Barzel: „Was war, wirkt nach“, Olzog-Verlag, München 2005, Preis. 18,50 Euro



Gedenkveranstaltung

Erinnerung als Brücke zwischen Vergangenheit und Zukunft

Die Bundesregierung hat dem Projekt eines Zentrums gegen Vertreibungen erneut ihre Unterstützung zugesichert.

Bei einer Gedenkveranstaltung der CDU/CSU-Fraktion unter dem Titel „60 Jahre Vertreibung – 60 Jahre Wege zur Versöhnung“ im Konzerthaus am Berliner Gendarmenmarkt betonte die Kanzlerin den festen Willen ihrer Regierung, ein sichtbares Zeichen gegen Vertreibung zu setzen. „Es soll ein Zeichen zur Ächtung jeglicher Vertreibung und ethnischer Säuberung in Europa und weltweit werden“, sagte die Kanzlerin. Merkel lobte die Versöhnungsbereitschaft Ungarns.

Unter den Gästen waren die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, und der ungarische Staatssekretär im Ministerium für Bildung und Kultur. Die Bundeskanzlerin betonte, dass das Gedenken an das Schicksal der Vertriebenen ein wichtiger Teil der deutschen Identität und die Erinnerung an Flucht und Vertreibung „der Boden für Versöhnung und Frieden“



Diskussionsrunde unter der Leitung von Ernst Elitz

sei. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, unterstrich das gute und vertrauensvolle Verhältnis „zu unserem Nachbarn Polen“. Umso unverständlicher sei ihm die polnische Kritik an der Rede von Bundespräsident Horst Köhler bei der Veranstaltung zum „Tag der Heimat“ wenige Tage zuvor. Der Fraktionsvorsitzende betonte, man sei sich über die Verantwortung und den Ausgangspunkt der Vertreibung bewusst, dennoch: „Unrecht bleibt Unrecht, auch wenn es als Reaktion auf Unrecht geschieht.“ Das Beispiel der Vertriebenen könne als Beispiel für die

Zukunft dienen, sagte der Fraktionsvorsitzende. Der Blick in die Geschichte sei nötig, um Zukunft zu gestalten.

Im Mittelpunkt der Diskussionen stand das Bewusstsein, dass Versöhnung nur durch Vergangenheitsbewältigung zu erreichen sei. Der Gastgeber und Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen und Flüchtlinge, Jochen-Konrad Fromme, betonte, dass der Dialog Ausgangspunkt auf dem Weg zu Versöhnung und Frieden sei. „Man kann Unrecht nicht gut machen, aber man kann sich zu Unrecht bekennen und daraus lernen“, sagte Fromme.

Volker Kauder

Stabilität in Nahost in nationalem Interesse

Am 20. September 2006 haben wir im Bundestag eine historische Entscheidung getroffen: Die Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der „United Nations Interim Force in Lebanon“ ist mit großer Mehrheit beschlossen worden. Damit hat das Parlament erstmals ein Mandat für einen Bundeswehreinsatz im Nahen Osten erteilt.

Das Engagement der internationalen Gemeinschaft nach der Waffenruhe im Libanon ist für uns von großer Bedeutung. Die libanesische Regierung hat auf Grundlage der Resolution 1701 des UN-Sicherheitsrats um Unterstützung bei der Absicherung der seeseitigen Grenzen des Libanon gebeten. Einsatzkonzept und -regeln sehen alles Notwendige vor, um den Auftrag der UN in führender Rolle vor der libanesischen Küste effektiv zu erfüllen. Das schließt einen Einsatz innerhalb der gesamten Territorialgewässer des Libanon sowie die Möglichkeit, verdächtige Schiffe auch gegen Widerstand zu untersuchen, ein. Damit ist der deutsche Beitrag von substanzieller Bedeutung, um den Waffenschmuggel in



Volker Kauder, Fraktionsvorsitzender

den Libanon zu unterbinden.

Wir haben beschlossen, uns mit 2.400 Soldaten an diesem robusten UN-Mandat zu beteiligen – nicht nur, weil wir uns einer Bitte nicht entziehen wollten, sondern weil wir aus freien Stücken zur Überzeugung gekommen sind, dass dieser Einsatz richtig und nützlich ist. Spätestens seit den vereitelten Kofferbombenattentaten auf deutsche Regionalzüge haben wir mehr denn je erfahren müssen, wie eng unsere innere Sicherheit von äußeren Einflüssen abhängt. Aus diesem Grund haben wir ein großes Interesse an Stabilität in der europäischen Nachbarschaft. Der Nahe Osten ist unsere Nachbarschaft. Genauso sind wir daran interessiert, dass den Vereinten Nationen vor Ort die

erfolgreiche Durchsetzung der Resolution 1701 gelingt. Wir leben nicht auf der „Insel der Seligen“. Wir können uns nicht aus den Problemen der Welt heraushalten und so tun, als gingen sie uns nichts an. Nicht Neutralität, sondern Frieden und Freiheit sind die Leit motive deutscher Außenpolitik. Darum unterstützen wir mit dem Beitrag unserer Bundesmarine die Sicherheit Israels sowie den Wiederaufbau des Libanon zu einem souveränen und freien Staat.

Wir nehmen die Entscheidung unserer Truppen nicht auf die leichte Schulter. Dieser Einsatz wird ein langer und gefährlicher Einsatz. Wir verstehen, dass das vielen Bürgern – vor allem den Angehörigen unserer Soldaten – Sorge bereitet. Wir haben dieses Mandat aber nicht leichtfertig, sondern mit Augenmaß, in der Gemeinschaft unserer europäischen Partner und in dem Bewusstsein erteilt, dass Deutschland einen wichtigen Beitrag für mehr Frieden und Freiheit in der Region leistet. Unsere Soldatinnen und Soldaten verdienen dafür Respekt, Anerkennung und unsere volle Unterstützung.

Otto Wulff/Philipp Mißfelder

Vertreibungen weltweit ächten

In ihrer eindrucksvollen Ausstellung erinnert die Stiftung ‚Zentrum gegen Vertreibungen‘ an das millionenfache Schicksal des erzwungenen, gewaltsamen Heimatverlustes.

Anhand von ausgewählten Beispielen wird das Schicksal unterschiedlicher Völker in Europa des 20. Jahrhunderts deutlich: Holocaust, Völkermord an den Armeniern, der ‚Bevölkerungsaustausch‘ zwischen Griechen und Türken, die Umsiedlung der Westkarelrier, die Vertreibung der Polen, Balten und Ukrainer, die Vertreibung und Verschleppung der Deutschen ab 1944 oder die Vertreibungen im ehemaligen Jugoslawien werden jeweils in ihrem historischen Kontext dargestellt. Das Kernthema der Ausstellung ist dabei das Prinzip der ethnischen Homogenisierung, das die europäische Geschichte in unterschiedlichen Ausformungen durchzogen hat.

Angesichts des dargestellten Leids, das auch aus Deutschland geplant und ausgeführt wurde, sind sich Senioren-Union und Junge Union der gemeinsamen Verantwortung in unserem Land bewusst, die aus der deut-



Der SU-Vorsitzende Otto Wulff und der JU-Chef Philipp Mißfelder beim gemeinsamen Besuch der Ausstellung.

Foto: JU Jördis Zähring

schen Geschichte für die Generationen – von der älteren bis hin zur jüngeren – erwächst. Der Dialog zwischen der Generation, die Flucht und Vertreibung noch erlebt hat, und der jungen Generation ist dabei von entscheidender Bedeutung, um totalitäre und nationalistische Strukturen und Regierungssysteme zukünftig zu verhindern. Gerade das zunehmende Interesse an der Wertethematik, das beispielsweise im vergangenen Jahr beim Weltjugendtag in Köln deutlich sichtbar geworden ist, kann ein Fundament dafür sein, dass jede Vertreibung zukünftig weltweit geächtet wird.

Um dieses gemeinsame Ziel zu erreichen, ist es wichtig, dass wir die deutsche Geschichte nicht vergessen. Senioren-Union und Junge Union sind sich darin einig, dass

nur derjenige Zukunft gestalten kann, der auch seine Vergangenheit kennt. Deshalb ist ein Zentrum gegen Vertreibungen, das erinnert und gleichzeitig aufarbeitet, wichtig. Sein Grundstock kann neben der Ausstellung ‚Erzwungene Wege‘ auch die Ausstellung ‚Flucht. Vertreibung. Integration‘ des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland sein. Gerade ein solches Zentrum könnte dazu beitragen, die Erinnerung zu bewahren und in einem sichtbaren Zeichen unmittelbar zu erfahren, was Flucht und Vertreibung bedeuten und welche politischen Strukturen dazu führen, dass Menschen wie Schachfiguren über Planbretter geschoben werden. Dies wäre auch ein wichtiger Beitrag zur weiteren Aussöhnung mit unseren Nachbarn.

Bund wird Lebensmittelkontrollen beobachten

Die Verabschiedung des Verbraucherinformationsgesetzes durch den Bundestag am 22. September 2006 ist ein wichtiger Schritt, um schwarze Schafe aus dem Wirtschaftsge-
schehen fern zu halten.

Um die Auswirkungen des Gesetzes im Blick zu behalten, hat der Bundestag am 29. Juni 2006 mit breiter Mehrheit einen Entschließungsantrag zum Verbraucherinformationsgesetz verabschiedet. Darin enthalten ist die Ankündigung, zwei Jahre nach Inkrafttreten des Gesetzes einen ersten Erfahrungsbericht über die eingehaltenen Fristen der Auskunftserteilung und die Inanspruchnahme des Auskunftsanspruchs vorzulegen. Die Evaluierung ist also keine Erfindung der Verbraucherschutzministerkonferenz, wie dies fälschlicherweise von Frau Conrad behauptet wird.

Die Aussage von Frau Conrad in der Mainzer Allgemeinen Zeitung, Minister Seehofer sei bei dem Beschluss des 13-Punkte-Programms der Verbraucherschutzministerkonferenz „zurückgerudert“, entbehrt



Peter Bleser

jeder Grundlage. Es ist dringender denn je notwendig, dass die Bundesländer ihre Verantwortung übernehmen und die Qualität ihrer Lebensmittelüberwachung verbessern. Der Bund wird im Rahmen seiner verfassungsrechtlichen Zuständigkeit sehr genau beobachten, ob die vereinbarte Auditierung der Kontrollbehörden im Rahmen eines länderübergreifenden Qualitätsmanagements zu wirklichen Verbesserungen führt.

Neben der Qualität der Kontrolle ist aber auch die Quantität der vorhandenen Kontrolleure mitentscheidend für die Effektivität der Kontrollen in den Bundesländern. Es kann nicht länger hingenommen werden, dass in 16 Bundesländern jeweils unterschiedliche Standards und Intensitäten in der Lebensmittelkontrolle vorherrschen. Ziel muss



Julia Klöckner

es sein, ein bundesweit einheitliches Qualitätsniveau in der Überwachung zu schaffen. Der Bund wird alle in seinem Einflussbereich liegenden Möglichkeiten ausschöpfen, um diese Entwicklung voranzutreiben.

Peter Bleser ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, **Julia Klöckner** ist die Verbraucherschutzbeauftragte der Bundestagsfraktion.

Zielmarke 25 beim Bürokratieabbau

Die Vereidigung des Normenkontrollrats durch den Bundespräsidenten ist eine Art „Spatenstich“ für den Abbau von Bürokratiekosten in Deutschland.

Künftig wird der Normenkontrollrat unter dem Vorsitz von Johannes Ludwig u. a. alle Gesetzentwür-

fe der Bundesregierung und auch die bestehenden Gesetze auf ihre Kosten für die Wirtschaft überprüfen, um Unternehmen von überzähligen Bürokratiekosten zu befreien.

Die Ansiedlung des unabhängigen Normenkontrollrates im Kanzleramt verdeutlicht die Wichtigkeit, die die Bundeskanzlerin selbst dem Thema beimisst. Das wird die Durchsetzungskraft des Gremiums wesentlich erhöhen.



Laureenz Meyer

Wir wollen, dass innerhalb einer Legislaturperiode die Kosten in den entspre-

chenden Bereichen um 25% sinken. Das ist eine Entlastung um 20 Mio. Euro.

Laureenz Meyer ist der wirtschaftspolitische Fraktionssprecher.

Bürokratieabbau auf gutem Weg

Bürokratieabbau braucht kräftige Anstöße, durchdachte Konzepte und eine beherrschte Umsetzung. Den kräftigen Anstoß haben

BINNENSCHIFFFAHRT AUF DER ELBE STÄRKEN

Der diesjährige Elbschiffahrtstag in Riesa, an dem neben Sachsens Ministerpräsident Georg Milbradt auch Staatssekretärin Karin Roth aus dem Bundesverkehrsministerium teilnahm, hat den dringenden Bedarf einer Grundinstandsetzung der Elbe für die Binnenschiffahrt aufgezeigt. Dieses Erfordernis leitet sich vor allem aus der Verdopplung des Containerumschlags im Hamburger Hafen bis 2015 her.

Die Bundesregierung ist bei der Instandsetzung der Elbe auf dem richtigen Weg: Bis 2010 soll eine Fahrrinnentiefe von 1,60 m an 345 Tagen im Jahr bis Dresden

und 1,50 m oberhalb von Dresden erreicht werden. Das gibt Planungssicherheit. Andererseits waren die anwesenden Vertreter der Häfen, aus Wirtschaft und Landespolitik vor allem mit dem späten Termin unzufrieden. Auch die 1,50 m Tiefe ab Dresden und die dort nur 40 m breite Fahrrinne wurden als nicht ausreichend angesehen. Eine effektive Verlagerung des Hamburger Hinterlandverkehrs aufs Wasser ist nur zu schaffen, wenn die Instandsetzung des Verkehrswegs Elbe schon vor 2010 erreicht werden kann und wenn



Jürgen Klimke

langfristig auf der ganzen Elbe 1,60 m Fahrrinnentiefe erreicht werden. Nur so stärken wir die Unternehmen vor Ort und stoppen die Abwanderung

der Binnenschiffe auf andere Wasserstraßen. Schließlich ist der Verkehrsträger Binnenschiff der umweltfreundlichste und kostengünstigste Verkehrsträger, der jedoch nur genutzt wird, wenn die Elbe ganzjährig befahrbar ist.

Jürgen Klimke ist Vorsitzender der AG Elbe der Bundestagsfraktion, einem Zusammenschluss aller CDU-Abgeordneten der Elbregion.



Norbert Röttgen



Hartmut Koschyk



Bernd Siebert

CDU/CSU und SPD geben, als sie den Auftrag zum Bürokratieabbau im Koalitionsvertrag verankert haben.

Schritt zwei war der von den Koalitionsfraktionen erarbeitete und durchgesetzte Gesetzentwurf zur Schaffung eines unabhängigen Nationalen Normenkontrollrates. Auf Basis dieses am 18. August 2006 in Kraft getretenen Gesetzes kam der Nationale Kontrollrat am 19. September 2006 zu seiner ersten Sitzung zusammen.

Schritt drei – die beherzte Umsetzung – liegt nun in den Händen des Nationalen Normenkontrollrates. Nach den Vorgaben des Koalitionsvertrages und des Gesetzentwurfes wird die Bundesregierung die Empfehlungen der Europäischen Union und der OECD umsetzen und das in mehreren europäischen Ländern be-

währte Standardkosten-Modell zur objektiven Messung der bürokratischen Belastungen von Unternehmen umgehend einführen. Die Bundesregierung wird sodann eine solche Messung der bestehenden bürokratischen Lasten veranlassen, die durch Bundesgesetze hervorgerufen worden sind. Auf dieser Grundlage wird die Bundesregierung anschließend ein konkretes Ziel der Rückführung der Bürokratiekosten bis zum Ende der Legislaturperiode festlegen.

Die Entlastung von Bürgern, Wirtschaft und Behörden von einem Übermaß an Vorschriften und der damit einhergehenden Belastung durch bürokratische Pflichten und Kosten ist und bleibt ein wichtiges Anliegen der Koalition. Der Nationale Normenkontrollrat dient der Umsetzung dieses Zieles. Der Normenkontroll-

rat kann sich dabei der Unterstützung durch die Koalitionsfraktionen sicher sein.

Norbert Röttgen ist der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Hartmut Koschyk** ist der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe.

Bundeswehr mit neuen Aufgaben nicht allein lassen

Wir begrüßen, dass der Deutsche Bundestag mit breiter Mehrheit dem Libanon-Einsatz zugestimmt hat.

Es liegt in unserem Interesse, dass die Gewalt im Nahen Osten endlich ein Ende findet. Dazu brauchen wir langfristig eine politische Lösung des Konflikts, wofür wir mit dem jetzt beschlossenen Einsatz eine wichtige Voraussetzung schaffen. Die



Johannes Singhammer



Michaela Noll

Bundeswehr, und besonders die deutsche Marine, leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung dieser Region.

Für die Bundeswehr ist jetzt wichtig, dass sie mit diesen neuen Aufgaben nicht allein gelassen wird. Wir können nicht neuen Einsätzen zustimmen und gleichzeitig erwarten, dass die Bundeswehr mit den zur Verfügung stehenden Mitteln auskommt. Um die Transformation der Bundeswehr vernünftig weiterführen zu können und die Auslandseinsätze auch weiterhin auf hohem Niveau zu ermöglichen, benötigt die Bundeswehr eine angemessene finanzielle Ausstattung. Nur so können die Streitkräfte den vielfältigen Herausforderungen einer modernen Welt gerecht werden.

Bernd Siebert ist der verteidigungspolitische Spre-

cher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Deutsche Sprache Voraussetzung für Integration

Jedes Kind hat das Recht auf gleich gute Startchancen!

Gute Kenntnisse der deutschen Sprache sind die Grundlage, sich in unserem Land zurechtzufinden und ein unverzichtbarer Schlüssel zu Bildung und Integration. Jedes Kind, das in Deutschland aufwächst, muss Deutsch können. Sonst wächst die Gefahr von programmierter Desintegration.

An Kindergärten und Schulen soll Deutsch gesprochen werden. Eine Einschulung ist nur bei Beherrschung der deutschen Sprache möglich. Sprachdefizite müssen durch gezielte individuelle Förderung und un-

ter Einbeziehung der Eltern behoben werden.

In diesem Zusammenhang ist die Empfehlung unserer Bundesfamilienministerin, eine verbindliche Sprachstandserhebung für alle Vierjährigen in Deutschland einzuführen, wichtig und richtig.

Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen!

Johannes Singhammer

ist der familienpolitische Fraktionssprecher, **Michaela Noll** ist die Berichtstermin für kinderpolitische Fragen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Aktuell auf der Homepage der Bundestagsfraktion unter www.cducsu.de:

- Eckpunkte zu einer Gesundheits-Reform 2006 (PDF, 55 S.)
- Eckpunkte zur Unternehmen-Steuerreform (PDF, 3 S.)
- Übersicht über die wesentlichen Punkte der Föderalismus-Reform (PDF, 6 S.)
- Positionspapier „Für einen Nationalen Aktionsplan Integration“ (PDF, 4 S.)





Urkunden

„25 Jahre CDU-Mitglied“

Bestell-Nummer: **0396**

„40 Jahre CDU-Mitglied“

Bestell-Nummer: **0644**

„50 Jahre CDU-Mitglied“

Bestell-Nummer: **0071**

„60 Jahre CDU-Mitglied“

Bestell-Nummer: **0189**

DIN A4

Preis je **50 Stück: 6,10 €**

inkl. MwSt.: 7,08 €

ohne Jahresangabe

DIN A4

Bestell-Nummer: **0097**

Preis je **50 Stück: 6,10 €**

inkl. MwSt.: 7,08 €

„Für besondere Verdienste“

DIN A4

Bestell-Nummer: **0449**

Preis je **50 Stück: 6,10 €**

inkl. MwSt.: 7,08 €



Mappen für Ehrenurkunden mit CDU-Logo-Prägung

DIN A4

Bestell-Nummer: **0247**

Preis je **25 Stück: 12,30 €**

inkl. MwSt.: 14,27 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
CDU-Kundenbetreuung
Telefax 0 52 41-8 09 41 65

E-Mail:
cdu-shop@bertelsmann.de

**Nutzen Sie auch unseren
E-Shop unter
www.cdunet.de**

Bestellschein > Medaille „60 Jahre CDU“

Union Betriebs-GmbH

Postfach 1190

53348 Rheinbach

Fax 02226/802-333

Die Lieferung wird erbeten
gegen Rechnung an folgende Anschrift:

(Bitte keine Postfachanschrift!)

Absender/KV-Nr. Rechnungsanschrift		Lieferanschrift (falls nicht identisch)
CDU-Verband oder Name		CDU-Verband oder Name
Ansprechpartner		Ansprechpartner
Straße, Nr.		Straße, Nr.
PLZ, Ort		PLZ, Ort
Telefon		Telefon

Anlässlich der Gründung der CDU vor 60 Jahren**Die Vorderseite** mit dem Motiv „60 Jahre CDU. – Erfolgreich für Deutschland. – 1945-2005.“**Die Rückseite** mit den umlaufenden Namen aller Parteivorsitzenden von Konrad Adenauer bis zu Angela Merkel und dem Motiv „Besser für die Menschen. – CDU“

Anzahl	Material	Beschreibung
	Bronze	Vorderseite einseitig geprägt, oberer Teil sandgestrahlt, mittlerer Teil gebürstet, unterer Teil glänzend, Schriften poliert, Rückseite gebürstet, 50 mm Durchmesser, im Etui Stückpreis 18,00 Euro , einschließlich Mehrwertsteuer, zuzüglich Porto und Verpackung.
	Feinsilber 1000	Vorderseite einseitig geprägt, oberer Teil sandgestrahlt, mittlerer Teil gebürstet, unterer Teil spiegelglanzgeprägt, Schriften poliert, Rückseite spiegelglanzgeprägt, 40 mm Durchmesser, im Etui, Stückpreis 40,00 Euro , einschließlich Mehrwertsteuer, zuzüglich Porto und Verpackung.

Widerrufsrecht

Mir ist bekannt, dass ich diesen Auftrag innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an das UBG-Medienzentrum widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

So erreichen Sie uns!

Bei Rückfragen steht Ihnen jederzeit zu Verfügung:

Christa Greef

Telefon: 0 22 26/8 02-1 02

Datum / Unterschrift

Union Betriebs-GmbH
Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach
christa.greef@ubg-medienzentrum.de

UBG
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, DPAG
Entgelt bezahlt.



Ehrenabzeichen der CDU

Ehrenabzeichen Bronze „25jährige CDU-Mitgliedschaft“

Bestell-Nummer: **0233**

Ehrenabzeichen Silber „40jährige CDU-Mitgliedschaft“

Bestell-Nummer: **0235**

Ehrenabzeichen Gold „50jährige CDU-Mitgliedschaft“

Bestell-Nummer: **0237**

Preis je **10 Stück: 9,00 €**

inkl. MwSt.: 10,44 €



Dankmedaille

Als Erinnerung und zum Dank bei vielen Anlässen.

Die Vorderseite mit den umlaufenden Namen aller Parteivorsitzenden von Konrad Adenauer bis Angela Merkel und dem CDU-Logo in der Mitte. Die Rückseite mit umlaufender Schrift „Christlich Demokratische Union Deutschlands – Zum Dank“ und dem stilisierten Konrad-Adenauer-Haus in der Mitte.

Zur Bestellung nutzen Sie bitte den Bestellschein „Dankmedaille“ Seite 19.